Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 231 | Dresden, Sonnabend den 3. Oktober 1925 | 36. Jahrg.

Der vertuschte Reinfall

Die Reichsregierung tut so, als wenn sie die Ohrfeigen, die sie aus Paris, London, Brüssel und Rom bekommen hat, gar nicht bemerkt hätte. Sie läßt eine amtliche Mitteilung über die Kriegsschuldfrage ausgeben, in der erklärt wird, daß im Grunde genommen in den Kreisen der Reichsregierung niemand erwartet habe, daß die alliierten Regierungen die Erklärungen über den deutschen Standpunkt in der Kriegsschuldfrage zustimmend beantwortet hätten. Es würde noch langjähriger Aufklärung bedürfen, ehe die Schuldfrage eine von allen Mächten anerkannte Klärung fände. Aber die Reichsregierung hätte das jetzt geplante große Friedenswerk nicht beginnen wollen, ohne noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß sich das deutsche Volk an das 1919 in Versailles erzwungene Schuldbekenntnis nicht gebunden fühle. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei nicht denkbar, wenn er als ein stillschweigendes Sichabfinden mit dem Versailler Schuldbekenntnis gedeutet werden könnte. Das Ziel, das die Reichsregierung mit ihrer Aktion im Auge hätte, sei durch Ueberreichung und Entgegennahme des deutschen Memorandums erreicht. Deutschland werde niemals eine politische Aktion vollziehen können, die als eine Anerkennung irgendwelcher eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließenden Feststellungen anzusehen wäre.

Wirklich eine sehr bescheidene Regierung. Das ganze verlogene Gerede soll nur eine Bemäntelung der Blamage sein, die sich hier die deutsche Regierung geholt hat. Schließlich soll doch Politik dazu getrieben werden, um praktische Erfolge zu erzielen, nicht um nutzlose Deklamationen loszulassen. Daß es auch nach unsrer Meinung von großer Bedeutung ist, wenn falsche Anschauungen über die Kriegsschuld im Ausland zerstreut werden, haben wir schon oft genug gesagt. Aber dieses Ziel wird durch feierliche Erklärungen nicht erreicht, sondern dadurch werden nur Verstimmungen hervorgerufen, die die deutsche Aufklärungsarbeit nur allzu leicht erschweren können, besonders, wenn solche amtliche Erklärungen über die Kriegsschuldfrage unter dem Druck der Deutschnationalen in die Welt gesandt werden, denn das ist schließlich nur zu bekannt, daß die Deutschnationalen die Erben der deutschen Kreise sind, die zweifellos einen großen Teil der Schuld an der Entstehung des Krieges haben, so daß alles, was von dieser Seite kommt, im Ausland besonders mißtrauisch betrachtet wird. Käme es den Deutschnationalen wirklich darauf an, daß Aufklärung über die Kriegsschuldfrage verbreitet wird, dann müßten sie die Hände davon lassen. Sie sind am wenigsten geeignet, hier einen Erfolg zu erzielen.

Das beste an der Geschichte ist, daß die wilden Männer der Deutschnationalen, zu deren Beruhigung die ganze blamable Aktion veranstaltet wurde, doch nicht zufriedengestellt sind. Trotzdem sich fast die ganze Berliner deutschnationale Presse bemüht, die Schlappe der deutschen Regierung in einen Erfolg umzudichten, hat der Gesamtvorstand des Kreisvereins Potsdam der Deutschnationalen Volkspartei eine Entschließung angenommen, in der er sich sehr energisch gegen diese Bemäntelungsversuche wendet. Die Regierungen des Feindbundes, heißt es in dieser Entschließung, hätten die deutsche Note mit beabsichtigter Nichtachtung und verletzendem Hohn beantwortet. Man dürfe diese neue gewollte Verletzung von Deutschland nicht auf sich beruhen lassen und müsse trotz der Zurückweisung durch Frankreich und England die deutsche Erklärung aufrecht erhalten. Wenn nicht, dann raus mit den deutschnationalen Mitgliedern aus der Regierung.

Herr Stresemann, was haben Sie nun davon? Die ganze Kriegsschuldgeschichte hat der deutschen Regierung nicht den geringsten Erfolg eingebracht. Es ist weder etwas in der Kriegsschuldfrage gewonnen, noch sind die deutschnationalen Schreier zur Ruhe gebracht. So geht's, Herr Stresemann, wenn man sich zu Aktionen drängen läßt, deren politische Sinnlosigkeit von vornherein klar ist. Die Herren Schiele, Neuhaus und Schlieben werden zwar dem Potsdamer Diktat nicht folgen, sie hätten aber die Regierung ebensowenig verlassen, wenn Stresemann es abgelehnt hätte, dem deutschnationalen Drängen zu folgen, und die ganze Kriegsschuldaktion unterblieben wäre.

•

Die Abfahrt nach Locarno

Am Freitag, abends um 9,20 Uhr, hat die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann vom Bahnhof Friedrichstraße aus in einem Sonderzug die Reise nach Locarno angetreten. Vorher beendete Dr. Stresemann die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag abgebrochene Unterredung mit dem russischen Außenkommissar. Sie bezog sich in erster Linie auf den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages, dessen Unterzeichnung in den nächsten Wochen bevorsteht und, auf den Abschluß eines Rheinlandpaktes, in dem England die Rolle eines Garanten übernimmt.

In dieser Rolle des jetzigen englischen Kabinetts liegen die Befürchtungen der Sowjetregierung über die praktischen Auswirkungen des Rheinlandpaktes begründet. Man befürchtet in Moskau, daß Deutschland sich für die Zukunft in starkem Maße an England gebunden fühlt und es der englischen Regierung eines Tages gelingen wird, Deutschland in den Bann seiner antirussischen Politik zu ziehen. Diese Befürchtungen sind u. E. und auch nach der Auffassung der jetzigen deutschen Regierung unbegründet. Demgegenüber aber wird auch Rußland auf die Dauer sich dem Eintritt in den Völkerbund nicht entziehen können und jedenfalls dürfen die deutsch-russischen Freundschaftsbeziehungen niemals so weit gehen, daß sich Deutschland zum Objekt einer russischen Politik gegen einen Völkerbund macht, dem wir schließlich angehören.

Das Ziel der deutschen Reichspolitik muß auf freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern hinauslaufen. Vielleicht wäre es, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, besser gewesen, die erst in den nächsten Wochen bevorstehende Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages mit weniger großem Alarm aufzumachen als es geschehen ist. Auch wir begrüßen, daß es dem Kabinett plötzlich möglich war, fast unüberwindliche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Rußland, noch bevor das Abkommen restlos fertiggestellt war, grundsätzlich seine Zustimmung zu geben. Die Tatsache aber, daß diese Plötzlichkeit am Vorabend der Locarnoer Konferenz möglich wurde und Deutschland sich als Beweis seiner Freundschaft zu Rußland gerade in diesem Augenblick zu bestimmten Konzessionen bereit erklärt, wird im ganzen Ausland als Demonstration gegen England und Frankreich betrachtet werden. Praktisch dürfte unter diesem Eindruck weder unser Verhältnis zu England verschlechtert noch zu Rußland verbessert werden. Aber schließlich hat jeder Diplomat nach Möglichkeit auch bestimmte Mißstimmungen zu verhüten, und dazu hätte die deutsche Regierung in Anbetracht der bevorstehenden, zweifellos schwierigen Verhandlungen in Locarno allen Anlaß gehabt. Sie hat die Aufgabe, in erster Linie Politik im Interesse Deutschlands zu treiben, und deshalb sagen wir, unsere Liebe zu Rußland kann nicht so weit gehen, daß wir uns selbst auch nur die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Wir hätten es deshalb schon mit Rücksicht auf die letzten „Ohrfeigen" aus den Ententeländern lieber gesehen, wenn auf einen großen Alarm verzichtet worden wäre, ohne daß sich an dem praktischen Ergebnis der zwischen Tschitscherin und Stresemann geführten Beratungen auch nur das geringste geändert hätte.

Die grundsätzliche Zustimmung des Reichskabinetts zu dem deutsch-russischen Handelsvertrag bedeutet natürlich nicht, wie es in der Rechtspresse dargestellt wird, eine unwiderrufliche Entscheidung. Die Ratifikation des im einzelnen noch zu ergänzenden Vertrages ist Aufgabe des Parlaments, das voraussichtlich erst in vier Wochen wieder zusammentritt. Erst nach der Zustimmung des Parlaments kann der deutsch-russische Vertrag als „angenommen" gelten. Infolgedessen ist der Entscheidung des Kabinetts nur eine vorläufige Bedeutung beizumessen, wenn wir auch kaum annehmen, daß der Ratifikation von irgendeiner Seite Schwierigkeiten gemacht werden.

•

Das Gerippe der Sicherheitspakte

S. **London**, 2. Oktober. (Eig. Drahtb.) Der amtliche britische Funkdienst meldet: Die Arbeiten der deutschen, französischen, belgischen, italienischen und britischen Juristen auf ihrer im vergangenen Monat abgehaltenen Konferenz stellen zweifellos das Gerippe dar, aus dem der Bau des vorgeschlagenen Sicherheitspaktes hervorgehen wird. Die Krone dieses Baues werden die Sicherheitsverträge bilden, die zwischen den einzelnen interessierten Staaten — und zwar zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, zwischen Deutschland und Polen und zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei — abgeschlossen werden sollen. Englands Rolle auf der Konferenz in Locarno ist die des Garanten für den vorgeschlagenen Rheinlandpakt.

Tschitscherins letzter Pfeil

Amtlich wird gemeldet: Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann empfing am Freitag nachmittag den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin zugleich mit dem russischen Botschafter in Berlin. Die mehr als einstündige Unterhaltung bildete den Abschluß des am Donnerstag begonnenen Gedankenaustausches, der sich auf alle zwischen Rußland und Deutschland schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen erstreckte.

•

Der russische Außenkommissar Tschitscherin äußerte sich am Freitag gegenüber einem Vertreter des Berliner Tageblatt über die von ihm gehegten Befürchtungen der westlichen Orientierung Deutschlands. Er erklärte u. a.: „Die ganze Paktpolitik Englands erscheint als ein Bestandteil seiner grundsätzlichen anti-sowjetistischen Tätigkeit. Das ist die Ursache, weshalb wir mit steigender Besorgnis darauf blicken, wie Deutschland mehr und mehr in das Fahrtwasser der englischen Pläne einlenkt. Ich zweifle nicht im mindesten daran, daß das dem Wunsche der deutschen Regierung widerspricht, die Frage ist aber, ob es bei der weiteren Entwicklung nicht England gelingt, seine anti-sowjetistische Politik Deutschland aufzuzwingen, und ob Deutschland nach Abschluß des Paktes nicht in der Lage sein wird, sich lange Zeit dem englischen Zwang zu widersetzen. Bei der ganzen Paktkampagne hat es England darauf angelegt, immer mehr die Stellung des Schiedsrichters auf dem Kontinent zu gewinnen. Es besteht für mich nicht der mindeste Zweifel, daß England in Deutschland nur eine Schachfigur in seinem diplomatischen Spiele sieht."

•

Tschitscherin sieht die „Gefahr" darin, daß Deutschland durch den Völkerbund zu einer Koalition gegen Rußland gezwungen und als Aufmarschgebiet benutzt werden könnte. Daß Rußland als Vorbeugung dagegen auch dem Völkerbund beitreten könnte, umgeht Tschitscherin wohlweislich. Gleichviel: die endlich notwendige Verständigung mit Frankreich erfordert für Deutschland den Abschluß eines Sicherheitspaktes, da helfen alle Manöver Tschitscherins nichts. Daß das deutsche Volk mit Rußland gleichfalls eine Dauerverständigung haben muß und anstrebt, beweisen der Rapallovertrag und der eben im Prinzip abgeschlossene Handelsvertrag.

Komplottschnüffelei als Ablenkung

Von unserm römischen Mitarbeiter

E. **Rom**, 30. September.

Eine Notiz in einem römischen Faschistenblatt vom 20. September teilt lakonisch mit, daß in den letzten Tagen in Rom 234 Haussuchungen bei Umstürzlern stattgefunden haben, denen 158 Verhaftungen gefolgt sind. Alle Verhafteten, unter denen sich ein junges Mädchen befindet, sind angeblich Kommunisten. Gefunden hat man bei ihnen „umstürzlerische Propagandaschriften, Rundschreiben und Briefe, aus denen hervorgeht, daß die Umstürzler tatsächlich versuchen, sich wieder zu organisieren". Auch ein paar nichtangemeldete Waffen will man gefunden haben. Gleichzeitig werden Haussuchungen in der ganzen Provinz Rom und in der Toskana vorgenommen, mit entsprechenden Verhaftungen. Als Verhaftungsgrund genügt der Besitz einer beschlagnahmten Zeitung!

Bis jetzt hat der Faschismus mit den von ihm „entdeckten" oder organisierten Komplotten so jämmerlich Fiasko gemacht und sich mit so viel Lächerlichkeit bedeckt, daß man eine Ablenkung schon sehr nötig haben muß, um wieder auf diesen Trick zu verfallen. In der Tat hat man eine recht brenzlige Geschichte zu vertuschen und die Aufmerksamkeit von ihr abzulenken. Der Generalsekretär der faschistischen Partei, Farinacci, der Vize-Duce oder Ueber-Duce, hat nämlich einen moralischen Betriebsunfall erlitten, bei dem verschiedenes in die Brüche gegangen ist, was beim anständigen Menschen zum Knochengerüst gehört. Farinacci selbst wird den Schaden nicht gewahr — er bedarf der geschädigten Teile gar nicht —, aber in den rechtschaffenen Kreisen der faschistischen Partei ist der Eindruck überwältigend und rechtfertigt die systematische Beschlagnahmung aller Oppositionsblätter vollkommen.

Farinacci ist in Italien, zusammen mit Mussolini, der größte Feind und Verfolger des Freimaurerordens. Er hat sich noch dieser Tage in seiner Zeitung gerühmt, die Verbrennung von Freimaurerlogen angeregt und geleitet zu haben, und hat neue Vorstöße in Aussicht gestellt. Als darauf ein Exfaschist, ein Rechtsanwalt Terzaghi, andeutete, daß Farinacci doch einmal dem dissidenten Freimaurerorden, der in der Piazza del Gesu in Rom seinen Sitz hat, angehört habe, schrieb der Generalsekretär, daß „niemand seine Eigenschaft als Freimaurer beweisen könne, weil man nichts beweisen kann, was nie existiert hat". Farinacci überschätzte offenbar die Gründlichkeit, mit der bei dem Verbrennen der Logen vorgegangen war, denn am nächsten Tage bringt die Voce Repubblicana das Klischee seines Gesuchs um Aufnahme in den nichtdissidenten, international anerkannten Freimaurerorden (natürlich in die von ihm später verbrannte Loge), unter dem Datum des 4. Juli 1915, seinen Schwur und das sogenannte „Testament", das jeder bei seiner Aufnahme eigenhändig schreiben muß. Selbstverständlich wurde das Blatt beschlagnahmt, aber an die Oeffentlichkeit kam die Sache doch. In dem Schwur heißt es u. a.:

„Sollte ich, zu meinem Unglück und zu meiner Schande, meinem Schwur untreu werden, so werde ich mich all den Strafen unterwerfen, die das Ordensstatut für den Meineidigen vorsieht, den Vorwürfen meines eigenen Gewissens und der Verachtung und dem Abscheu der ganzen Menschheit."

Was antwortet nun Farinacci, wo ihn dies Klischee plattquetscht wie einen Flunder? Daß er „nie" seine frühere Zugehörigkeit zum Freimaurerorden geleugnet hatte und daß er beigetreten sei, um Italiens Eintritt in den Weltkrieg zu vertreten und die klerikale Volkspartei zu bekämpfen! Aus dieser Begründung ersieht man klar, daß Farinacci wirklich ein großer Mann, eine geschichtliche Persönlichkeit ist, jenseits der Zeit, über der Zeit. Er fühlt das Bedürfnis, sich einer Organisation anzuschließen, um Italiens Eintritt in den Weltkrieg durchzusetzen; aber dies Bedürfnis wird erst übermächtig, nachdem Italien bereits seit 50 Tagen den Krieg erklärt hat. Wenn er hier etwas zu spät kommt, so gleicht sich das dadurch aus, daß er die Notwendigkeit der Bekämpfung der klerikalen Volkspartei als dringend empfand, ehe es diese Partei überhaupt gab. Sie wurde erst im Jahre 1919 gegründet. Als ob es mit diesem kolossalen Skandal noch nicht genug wäre, in dem eine Lüge über die andre stolpert, kommt nun auch noch heraus, daß Farinacci auch dem dissidenten Freimaurerorden angehört hat, und zwar noch im Jahre 1921. Farinacci sagt, daß ihn der Krieg eine andre Auffassung des Freimaurerordens beigebracht habe. Das ist merkwürdig. Wohl hat der Krieg manche Ueberzeugung erschüttert, aber der gute friedfertige Farinacci hat ja die ganzen Kriegsjahre als Unter-Stationsvorsteher in Cremona verbracht . . .

Selten hat wohl eine Partei eine ihrer leitenden Persönlichkeiten in dieser Weise mit Schmach und Lächerlichkeit bedeckt gesehen, wie heute Farinacci vor aller Augen dasteht. Da müssen schon viele Logen, viele Vereine, ja, wir glauben, auch einige Lokale der Faschisten verbrannt werden, ehe der Eindruck eines solchen Zusammenbruchs verwischt wird. Gleichzeitig hat der Verband der Kriegsinvaliden in Cremona eine weitere faschistische Autorität ausgeschlossen, weil sie sich mit Kriegsdekorationen schmückte, die ihr nicht zukamen, und die Provinzialverwaltung von Caserta hat 30 000 Lire öffentlicher Gelder ausgeworfen, um Farinacci bei seinem Besuch in der Provinz zu ehren. Das hat Farinacci selbst auf dem Disziplinarwege gemißbilligt. Wir dachten, daß über die öffentlichen Gelder nicht die faschistische Partei, sondern der Präfekt zum Wächter bestellt ist. Han-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251003/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG